

Hartmut Krauss

Eine gemeingefährliche Fehlbesetzung: Der katholische Sozialdemokrat Maas als islamkonformer Totengräber einer säkular-demokratischen Gesellschaftsgestaltung

In einem Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ vom 5. Dezember 2015 hat der amtierende Justizminister Maas erneut die Linie der proislamischen Erfüllungspolitik bekräftigt, die von der politischen Klasse in Deutschland schon seit Jahren verfolgt wird:

<http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/645277/islam-justizminister-maas-will-anererkennung-und-staatsvertrage#gallery&0&0&645277>

Der Islam, so das hartnäckig verteidigte Dogma, soll als staatlich anerkannte „Religion“ unbedingt zu Deutschland gehören. Die Grundlage dieser verfehlten Politik, die sukzessive zur immer weiteren Zerrüttung der säkularen Lebensordnung führt, bildet die Festschreibung der anachronistischen Privilegierung religiöser gegenüber nichtreligiösen Weltanschauungsgemeinschaften. Diese Privilegierung des Religiösen, die nun auch dem Islam zu Gute kommen soll, ist eine rückständige Erblast, die Deutschlands gebücktem Gang in die kulturelle Moderne entspringt.

Vor diesem reaktionären Hintergrund wird es dann als „gerecht“ verkauft, dass der Islam in dieses überholte und zu überwindende Privilegiensystem hineingeholt und als „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ installiert werden soll. In diesem Sinne spricht sich Maas für eine Gleichstellung der Islamverbände mit den Kirchen aus und verweist auf Staatsverträge als „Königsweg“ für diesen Anerkennungsprozess. „Die Möglichkeiten und Privilegien, die das Grundgesetz den Religionsgemeinschaften bietet, stehen nicht nur den christlichen Kirchen offen, die können alle nutzen(...) Staatsverträge können ein wichtiger Schritt sein, um den Platz des Islam in der Mitte unserer Gesellschaft zu stärken.“

Die Stärkung des Islam über Staatsverträge und dessen Verankerung in der Mitte der Gesellschaft: Genau das ist der gemeingefährliche Grundinhalt des zu überwindenden postsäkularen Erfüllungsstaates in Deutschland. Die Gesellschaft für wissenschaftliche Aufklärung e.V. (GAM) hat deshalb nicht aus Zufall Folgendes in ihrer Gründungserklärung festgelegt und ins Zentrum gerückt:

- „A. Die Überwindung des anachronistischen deutschen Staatskirchenrechts und der damit verbundenen Privilegierung des Religiösen und seiner Organisationsformen.
- B. Keine Integration des orthodoxen Islam mit seinen zahlreichen grund- und menschenrechtswidrigen Inhalten und Bestimmungen in das deutsche Staatskirchenrecht - gegen Islamunterricht, staatliche Imamausbildung, Islamisierung des Bildungssystems von den Kindergärten bis zu den Universitäten etc. Für kopftuchfreie Erziehungseinrichtungen (Schulen, Kindergärten) und das Verbot von Verschleierung in der Öffentlichkeit.
- C. Zurückdrängung und Eindämmung der Islamisierungstendenzen im Zuge der zu vollendenen Säkularisierung der deutschen Gesellschaft: Säkularisierung vollenden - Islamisierung beenden!“

Folgt man hingegen Maas und Konsorten, dann soll eine weltanschauliche Zweiklassengesellschaft konstituiert und befestigt werden: Auf der einen Seite die privilegierte Gruppe der monotheistischen Religionsgemeinschaften unter Einschluss des Islam und auf der anderen Seite die Gruppe der Religionsfreien, die aufgrund endogener Säkularisierungsprozesse aktuell die größte Gemeinde bildet, aber im Zuge der ungesteuerten Flüchtlingswelle, also aufgrund des unregulierten Eindringens exogener Einflüsse, hinterrücks geschwächt werden wird. (Hinzu kommen noch die nichtmonotheistischen Religionsgemeinschaften als weitere unterprivilegierte Gruppen.)

Maas interessiert aber anscheinend nur das Verhältnis zwischen dem von der politischen Klasse zunehmend unrepräsentativer verwalteten Staat einerseits und den Muslimen andererseits. Außer Betracht bleiben demgegenüber die einheimische Mehrheitsgesellschaft sowie die nichtmuslimischen Zuwanderer, die durch die Aufmerksamkeitsfixierung auf den Islam/die Muslime beständig zurückgesetzt, umverteilungspolitisch benachteiligt und damit trotz deutlich besserer Integrationsleistungen diskriminiert werden. Auch ist angesichts diverser Umfrageergebnisse davon auszugehen, dass die Mehrheit in Deutschland eine zunehmende Islamisierung des öffentlichen Lebens ablehnt und gegen eine Hineinnahme des Islam in das staatskirchenrechtliche Privilegiensystem eingestellt ist. Die zentrale Ursache hierfür ist nicht eine fremdenfeindliche Gesinnung oder eine „diffuse Angst“, wie von der politisch-medialen Propaganda immer wieder fälschlich behauptet wird, sondern die überwiegende Erkenntnis und Überzeugung, dass der Islam eine veraltete, grund- und menschenrechtswidrige Weltanschauung verkörpert, die den Grundprinzipien der kulturellen Moderne entgegengesetzt ist. Vor diesem Hintergrund unterminiert eine fortgesetzte Islamisierungspolitik gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung sukzessive den Bürgerfrieden, der mittlerweile nur noch durch ein genuin demokratisches Plebiszit über die zukünftige Islampolitik wiederhergestellt werden könnte.

Hinzu kommt, dass sich die einheimischen Bevölkerungen europaweit in einem Ablösungsprozess vom Religiösen befinden. Dafür sprechen sowohl die Kirchenaustritte als auch die sinkende Zahl von Kirchgängern. Dieser endogene Trend wird nun aber durch den aufgezwungenen Migrationsimport einer grund- und menschenrechtswidrigen Fremdreligion, die zu ostentativem Bekundungs- und Missionierungseifer neigt, auf künstliche Weise beeinträchtigt. Auch vor diesem Hintergrund wäre die Hereinnahme des Islam in das staatskirchenrechtliche Privilegiensystem ein vermeidbares Provokationssignal für die sich säkularisierende Bevölkerungsmehrheit, die ihrerseits ein bereits vielfach verletztes Recht auf Identitätsbewahrung, Respekt und Aufrechterhaltung lebensweltlicher Intaktheit inklusive der „Freiheit vom Religiösen“ besitzt.

Das Ansinnen also, den Islam mit der Weihe der unbeschränkten „Religionsfreiheit“ auszustatten und ihn mit der Aufnahme in das kirchliche Privilegiensystem zu adeln, ist absolut inakzeptabel, zeugt von einer kolossalen Ignoranz und wird die Gesellschaft jenseits des überkommenen Rechts-Links-Schemas noch weiter als bereits bislang schon in zwei unversöhnliche Lager spalten. Denn der Islam besitzt weder den Status einer Privatreligion im Sinne der Verfasser des Grundgesetzes noch lässt er sich auf seine rituellen Aspekte (fünf Grundsäulen) beschränken. Vielmehr verkörpert er eine ganzheitliche, d.h. sämtliche Lebensbereiche umfassende Vorschriftenreligion, die in ihrem normativen Gesamtgerüst eine vormodern-autoritäre Herrschaftsordnung festlegt. Nur sträfliche Unkenntnis oder bewusste Ignoranz kann über diesen Tatbestand hinweggehen.

Vgl. hierzu:

<http://www.gam-online.de/text-Wiener%20Appell.html>

oder ausführlich:

<http://www.hintergrund-verlag.de/buecher-der-islam-als-grund-und-menschenrechtswidrige-weltanschauung.html>

Auch muss vom neutralen Standpunkt eines säkularen Humanismus die formalistische Gleichsetzung von Christentum, Judentum und Islam zurückgewiesen werden. Denn im Unterschied zum Christentum und Judentum hat der Islam in seinem Herrschaftsraum keine durchsetzungsfähige Aufklärungs- und Säkularisierungsbewegung hinnehmen müssen, die seinen absoluten Geltungs- und Normierungsanspruch wirksam einschränkt und ihn institutionell auf ein Teilsystem zurückschneidet. Ganz im Gegenteil werden die Menschenrechte seitens der ausschlaggebenden Mächte des Islam unter einen Schariavorbehalt gestellt und damit de facto ausgehebelt. Im Unterschied zur christlichen und jüdischen Bibel ist der Koran zudem mit seiner vormodern-frühmittelalterlichen Normativität für die Muslime unmittelbares Gotteswort, somit im Kern nicht wirklich veränderungs- und auslegungsfähig und gleichzeitig dogmatische Grundlage für die rechtliche und politische Regulierung weltlicher Belange etc.

Vor diesem Hintergrund erweist sich Maas' unaufgeklärte Haltung einer „maximalen religiösen Toleranz“ gegenüber dem Islam als wohlfeile Koketterie, die einer grund- und menschenrechtswidrigen Weltanschauung Tür und Tor öffnet.

Fazit: Als katholischer Sozialdemokrat, Apologet des religiösen Privilegiensystems und proislamischer Erfüllungspolitiker im Ministerrang ist Maas aus der Perspektive eines kritisch-emanzipatorischen Humanismus genauso abzulehnen wie einheimische pauschale Fremdenfeinde und Rechtsextremisten. Im Unterschied zu Letzteren sind Maas und seine politischen Gesinnungsfreunde allerdings noch nicht genügend zurückgedrängt und eingehegt.

(11.12.2015)